

„Vollsverräter“ und „Vollsvverkäufer“. Misha Rosalie BöBenecker, AfD-Landtagskandidatin in München Hadern, fabuliert auf ihrer Social-Media-Präsenz rassistisch von einer angeblichen „Afrikanisierung“ Europas. Ihr Parteifreund und Bezirkstagskandidat Klaus Buchmann postet auf seinem Facebook-Account Beiträge von einschlägigen extrem rechten Seiten in denen menschenverachtende Hetze besonders gegen Muslime und Geflüchtete verbreitet wird.

Die AfD verknüpft jedes noch so weit entfernte Themenfeld mit ihren Feindbildern „Muslime“, „Geflüchtete“ und „das System“. Das Thema innere Sicherheit versteht die AfD zum Beispiel anscheinend nur in Verbindung mit Geflüchteten, die sie für eine angeblich katastrophale Sicherheitslage verantwortlich macht. Trotz einer in den letzten Jahrzehnten stetig gesunkenen Zahl von Straftaten malt die AfD ein düsteres Bild von einem angeblich „zerbröselnden“ oder „immer mehr aus dem Ruder laufenden Rechtsstaat“ und fordert, Polizei und Justiz weiter auszubauen. Stärkere gesetzliche Regelungen zum Besitz von Schusswaffen lehnt die Partei jedoch auf nationaler wie europäischer Ebene ab. Lieber möchte sie der Polizei und anderen Sicherheitsbehörden erlauben, ihre Arbeit „anhand von Merkmalen wie Religion, nationaler oder ethnischer Herkunft“ auszurichten, was einer Legalisierung von verbotenen diskriminierenden Praktiken wie „Racial Profiling“ gleichkäme.

Auch fünf Jahre nach ihrer Gründung verfügt die AfD nicht über ein umfassendes sozialpolitisches Programm, in dem etwa substantielle Vorschläge für eine zukünftige Arbeitsmarkt- oder Rentenpolitik zu finden wären. Die Vorstöße aus der Partei in München hierzu zeigen, dass sie auch in diesem Zusammenhang völkisch denkt: Nach den Worten des Vorsitzenden des KV München Nord, Michael Groß, sollte sich die Sozialpolitik nicht etwa an den Bedürfnissen aller Münchner\*innen ausrichten sondern an denen der „einheimischen Bevölkerung“. Anstatt substantielle eigene Positionen zu entwickeln, verbindet die AfD also auch dieses Thema wieder mit ihrer Stimmungsmache gegen Geflüchtete. So wiegt Groß die finanzielle Unterstützung für unbegleitete minderjährige (!) Geflüchtete und die Bezüge von Rentner\*innen gegeneinander auf. Andere sozialpolitische Positionen, die die Partei verbreitet, tragen wiederum eine klar neoliberale Handschrift. Der AfD-Landesvorsitzende Martin Sichert bezeichnete etwa in der Vergangenheit sozialpolitische Instrumente wie die Mietpreismbremse als „kommunistisches Experiment“. Auf Bundesebene favorisiert die Partei eine Einkommenssteuerreform, die höhere Einkommen deutlich schwächer besteuert und tritt gegen die Einführung einer Vermögenssteuer ein.

Die AfD steht in großen Teilen für eine Politik von Ausgrenzung und sozialer Kälte, die die Gleichwertigkeit aller Menschen in Frage stellt und die Grundlagen einer weltoffenen demokratischen Gesellschaft untergräbt! Wir lassen uns von dieser Hetze nicht spalten und beziehen dagegen gemeinsam solidarisch Position!

**Keine antimuslimische, völkische, rassistische, menschenfeindliche Stimmungsmache in München und Bayern!**

**Haltung zeigen gegen die AfD und ihre Politik der Ausgrenzung!**

# Politik der Ausgrenzung – Die Alternative für Deutschland in Bayern

Der bayerische Landesverband der AfD gründete sich am 30. März 2013 und besitzt heute ungefähr 4.500 Mitglieder. Seit dem Landesparteitag am 25. und 26. November 2017 in Greding haben der Bundestagsabgeordnete Martin Sichert und die Deggendorfer Kreisvorsitzende Katrin Ebner-Steiner den Landesvorsitz inne. Selbst innerhalb der AfD bewegen sich beide am rechten Rand: Sichert ist Anhänger von Björn Höcke und der völkischen Parteiplattform „Der Flügel“. Seine Stellvertreterin wettet gegen eine angebliche „Replacement-Ideologie“, durch die die „deutsche Bevölkerung in ihrer Nation und ihrer Ethnie entkernt“ werde, den Bau von islamischen Gebetshäusern, die doppelte Staatsbürgerschaft und eine angebliche „Frühsexualisierung“ durch Sexualkundeunterricht an Schulen.

Für die Aktivitäten der AfD in Bayern ist vor allem die Stimmungsmache gegen die Menschen, die nicht Teil ihres völkischen Weltbildes sind, zentral. Besonders Geflüchtete

und Migrant\*innen sowie Muslime stehen hierbei im Fokus. Aber auch gegen Akteur\*innen der demokratischen Zivilgesellschaft und ihr missliebige Medien agitiert die Partei. Wie in ganz Deutschland inszeniert sich die AfD in Bayern als Gegnerin der jetzigen Regierung, die sie als „das System“ bezeichnet, welches sie „gründlich“ beseitigen möchte. Die aktuelle Situation in Deutschland setzt sie dabei gerne in Verbindung mit dem Dritten Reich oder der DDR: Von Bundeskanzlerin Angela Merkel zieht ihr Bundesvorsitzender eine Linie zu DDR-Chef Erich Honecker und das Netzwerkdurchsetzungsgesetz wird mit der Zensur der Staatssicherheit der DDR in Verbindung gebracht. Protest gegen ihre Agitation rückte die AfD in der Vergangenheit in die Nähe des historischen Nationalsozialismus und verglich sich



AFD Kundgebung zum Wahlkampfauftritt in München-Fürstenried im Juli 2018, Foto: Marcus Buschmüller

auf diese Weise in der für sie typischen Opferinszenierung mit den Opfern des Dritten Reiches. Der Bundestagsabgeordnete und ehemalige Landesvorsitzende Petr Bystron setzte in der Vergangenheit etwa antifaschistische Demonstrant\*innen gleich mit der Schutzabteilung (SA), den mörderischen Schlägertruppen der frühen NSDAP. Solche Äußerungen sind besonders unerträglich, wenn sie von einer Partei kommen, deren prominente Funktionär\*innen sich in der Vergangenheit für eine „*erinnerungspolitische Wende um 180 Grad*“ gegenüber Nationalsozialismus und Zweitem Weltkrieg ausgesprochen haben, deren Vorsitzender das Dritte Reich als „*Vogelschiss*“ der Geschichte bezeichnete und sich öffentlich wünschte, wieder stolz auf die „*Leistungen*“ der Wehrmacht sein zu können und die auch darüber hinaus immer wieder ihr zweifelhaftes Verhältnis zur Nazizeit beweist. So schrieb etwa der jetzige bayerische AfD-Landesvorsitzende Martin Sichert, im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung mit dem Dritten Reich und der gegenwärtigen extremen Rechten im Mai 2018 von einem „*Schuldkomplex*“.

Funktionär\*innen der AfD agitieren oft gegen Geflüchtete, die sie unter anderem als „*Eroberer*“ bezeichnen und erfinden eine „*unkontrollierte Zuwanderung*“ im Rahmen einer „*Masseninvasion*“. Abseits aller menschenrechtlichen Erwägungen und dem Recht auf einen fairen Asylprozess fordert die bayerische AfD selbst angesichts von tausenden Menschen, die jährlich auf dem Weg nach Europa im Mittelmeer ertrinken, die praktische Abschottung der bayerischen und europäischen Grenzen gegen Asylbewerber\*innen. Petr Bystron ruft nach einer „*Minus-Zuwanderung*“ (sic!), der Münchner Landtagskandidat Michael Groß befindet schlicht, Bayern solle bei Abschiebungen einen „*Spitzenplatz*“ einnehmen. Wolfgang Wiehle, Bundestagsabgeordneter der AfD aus München, setzt sein Mandat unter anderem dafür ein, Geflüchteten mit subsidiärem Schutzstatus die Möglichkeit des Familiennachzugs zu nehmen.

Auf einer AfD-Kundgebung auf dem Münchner Goetheplatz am 14. September 2017 schimpfte der damalige Bundestagskandidat Bernhard Zimniok über „*Horden an Wilden*“, die „*die Grenzen überwinden mit Gewalt*“. „*Migranten*“ würden sich „*feige*“ aufmachen und dabei ihre Familien im Stich lassen. Auch die extrem rechte Chiffre der „*Umvolkung*“ verbreitete Zimniok als er in Richtung der Staatsregierung sagte: „*Die CSU volkt um!*“. Die „*Umvolkung*“ war ein nationalsozialistisches Konzept eines Austausches von Bevölkerungsteilen nach Kriterien der Rassenlehre des Dritten Reiches. Sein rassistisches Staatsverständnis illustrierte der AfD-Redner anschließend in seinen Ausführungen über die Vergabe von Sozialwohnungen mit dem Satz „*Ich wusste nicht, dass die Deutschen schwarz sind.*“ Zimnioks Parteifreund Wilfried Biedermann befand im Rahmen einer Podiumsdiskussion der Münchner Volkshochschule und des Bayerischen Rundfunks am 28. Juni 2018 München sei „*zu bunt*“, auf Facebook bedauerte Landtagskandidat Ulrich Henkel einen neuen „*Negativ-Rekord*“ angesichts einer gestiegenen Anzahl von Menschen mit ausländischer Staatsbürgerschaft in Deutschland.

Die bayerische AfD möchte nicht, dass Menschen die deutsche Staatsbürgerschaft bekommen, weil sie in Deutschland geboren sind. Ginge es nach ihr, sollte das Staatsbürgerschaftsrecht allein von der biologischen Abstammung einer Person abhängen – nur wer mindestens ein Elternteil mit deutscher Staatsbürgerschaft hat, soll diese erhalten. Das Recht, mehrere Staatsbürgerschaften zu besitzen, möchte die AfD bis auf wenige Sonderfälle gleich ganz abschaffen. Nur so kann laut der stellvertretenden Lan-

desvorsitzenden Ebner-Steiner verhindert werden, dass „*Mischvölker verschiedenster Nationen*“ entstünden. Die AfD möchte außerdem die Möglichkeit zur Aberkennung der Staatsbürgerschaft schaffen, ein Vorhaben, das im klaren Widerspruch zu den Vorgaben des Grundgesetzes steht.



AfD Kundgebung in Regensburg gegen den Bau einer Moschee im März 2018, Foto: Marcus Buschmüller

Bau von Minaretten. Der Islam gehöre nicht zu Deutschland, verbreitet die Partei, verlangt eine „*eine gesetzliche Pflicht zur Registrierung für alle Moscheegemeinden mit den wesentlichen Daten*“ und macht Stimmung auch gegen hier lebende Muslime. Hierfür stellt sie den Charakter des Islams als Religion in Frage und dichtet ihm einen „*Herrschaftsanspruch*“ an. Der Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende des AfD-Kreisverbands München-Süd, Wolfgang Wiehle, bezeichnete die Weltreligion bei einer Kundgebung am 19. Juni 2017 etwa als „*...politische Ideologie, die die Gesellschaft nach der Macht greift und die Gesellschaft nach ihren Vorgaben umgestalten will, das umsetzen will.*“ (sic!)

In der Debatte um die rechtliche Gleichstellung von Homosexuellen machen Funktionär\*innen der AfD Front gegen die „*Ehe für Alle*“ und nutzen sie für Angriffe gegen andere Parteien. Aus Sicht der bayerischen AfD würden diese mit ihren Initiativen zur Anerkennung vielfältiger geschlechtlicher und sexueller Identitäten einer „*großen Umerziehung*“ Vorschub leisten, die geeignet ist „*die Grundlagen unseres gemeinschaftlichen Zusammenlebens zu zerstören*“. Mit Blick auf Bemühungen der zuständigen Behörden um die sexuelle Aufklärung von Schüler\*innen behaupten die Vertreter\*innen der Partei außerdem eine angebliche „*Frühsexualisierung*“ von Heranwachsenden, die die Zuständigen aus ideologischen Gründen betreiben würden.

Dass die Hetze der AfD bei vielen Anhänger\*innen auf fruchtbaren Boden fällt, zeigen deren Kommentare etwa auf den Facebook-Seiten ihrer Funktionär\*innen, in denen sich immer wieder heftigste rassistische Ausfälle, Gewaltaufrufe und Anspielungen auf den historischen Nationalsozialismus finden. Auch die Münchner Kandidat\*innen für die anstehenden Landtag- und Bezirkstagswahlen bedienen dort die menschenfeindlichen Ressentiments ihrer Anhängerschaft: Der Landtagskandidat Bruno Fuchert beschimpft die Bundesrepublik auf Facebook als „*Demokratie-Diktatur-Deutschland*“, und Medien als „*GEZ-Staatssender*“ sowie „*Global-Kapitalmedien*“. Er berichtet außerdem von einer globalen Verschwörung der „*New-World-Order*“ (NWO), die „*die Weltherrschaft*“ erringen wolle. Politiker\*innen anderer Parteien bezeichnet er dort als „*Globalisierungsknechte*“,